

Köln, 13. September 2016

## Warnung vor Scheitern der Pflegebildungsreform! Die Altenpflege und die Pflegebedürftigen werden die Verlierer sein

Die geplante Pflegebildungsreform der Bundesregierung sieht eine konsequente Zusammenführung der drei bislang nebeneinander bestehenden Berufe der Alten-, Kranken- und Kinderkrankenpflege zu einem neuen, zukunftsfähigen Pflegeberuf vor. Berufsverbände, Pflegewissenschaftler und Pflegebildungsexperten fordern seit langem die zügige Umsetzung der Reform und stützen sich dabei auf zahlreichen Modellprojekte und Studien. Auf dem Gesetzgebungsweg ist der Entwurf aber ausgerechnet durch Uneinigkeit in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ins Stocken geraten. Angesichts der zeitlichen Verzögerungen bei der Verabschiedung des Pflegeberufsgesetzes hat Professor Frank Weidner, Direktor des Deutschen Instituts für angewandte Pflegeforschung e.V. (DIP), jetzt eindringlich vor einem Scheitern der Reform gewarnt: **„Das Gesetz ist überfällig! Wenn es jetzt nicht kommt, werden ausgerechnet die Altenpflege und die Pflegebedürftigen die großen Verlierer sein!“**

Weidner wies darauf hin, dass es heute schon ein starkes Verdienst-, Bildungs- und Anerkennungsgefälle zwischen der Krankenpflege und der Altenpflege in Deutschland gibt. Im Schnitt verdient ein Altenpfleger im Monat bis zu 500 Euro weniger als ein Krankenpfleger. In der Krankenpflege haben inzwischen bis zu zwei Drittel der Schüler Abitur, in der Altenpflege ist das hingegen nur noch gut jeder Zehnte, mit abnehmender Tendenz. In Europa ist nur die Krankenpflege als Fachberuf anerkannt, die Altenpflegeausbildung zählt bei den europäischen Nachbarländern nichts. **„Jeder muss wissen, dass bei einem Scheitern der Reform die Gefahr wächst, dass die Altenpflege komplett abgehängt wird. Das wird erheblichen Folgen für die Beschäftigten, für die Gewinnung von beruflichem Nachwuchs und auch für die Pflegebedürftigen haben!“**, mahnt Weidner.

Mit dem Pflegeberufsgesetz will die Bundesregierung an den bekannten Defiziten ansetzen. Die Ausbildung soll endlich, wie es weltweiter Standard ist, berufsfeldbreit aufgestellt und zukunftsfähig modernisiert werden. Das erhöht für Pflegefachkräfte die Flexibilität am Arbeitsmarkt erheblich, gleicht die Vergütungsniveaus auf Dauer an und macht den Beruf dadurch attraktiver. **„Es ist mir absolut unverständlich, dass im Bundestag ausgerechnet die CSU-Landesgruppe und Teile der CDU ganz offensichtlich bereit sind, die eigene Reform gegen die Wand zu fahren. Wie kann man denn auf ein Weiter-so setzen, obwohl die derzeitigen Pflegeausbildungen den galoppierenden Fachkraftmangel nicht verhindern konnten?“**, schimpft Weidner. Zugleich würde damit die Union ihren eigenen Gesundheitsminister, Hermann Gröhe, und den Pflegebeauftragten der Bundesregierung, Karl-Josef Laumann (beide CDU), düpiieren. Beide Politiker sind engagierte Befürworter der Reform.

Die von den Skeptikern der Pflegebildungsreform vorgebrachten Argumente hält Weidner nicht für unwichtig, aber in den kommenden Jahren für bewältigbar. Dabei geht es im Kern um Finanzfragen und organisatorische Herausforderungen etwa bei der Umsetzung der zukünftigen praktischen Pflegeausbildung. Kein Verständnis hat Weidner indes für das Gezeter der Reformgegner, man würde mit der Pflegereform Hauptschüler von der zukünftigen Fachausbildung ausschließen. **„Ein Hauptschüler, der die „mittlere Reife“ schafft, kann auch zukünftig Pflegefachkraft werden!“**, sagt der Pflegewissenschaftler, **„aber wir müssen auch an die Qualität der Versorgung in der Pflege denken und die wird immer anspruchsvoller und komplizierter. Diese Pflege kann halt doch**

Deutsches Institut für angewandte Pflegeforschung e.V.

Standort Köln  
Hülchrather Str. 15  
50670 Köln

Tel. +49 (0) 221/ 46861-30  
Fax +49 (0) 221/ 46861-39  
E-Mail: [dip@dip.de](mailto:dip@dip.de)  
Internet: [www.dip.de](http://www.dip.de)

**nicht jeder**“, ergänzt Weidner. Ferner weist er darauf hin, dass die meisten Bundesländer in den Startlöchern stehen, mit der Pflegebildungsreform auch neue, passende Pflegeassistentenberufe zu schaffen, in denen auch geringer qualifizierte Zugänge zum Pflegearbeitsmarkt haben werden. Der Gesetzgeber sehe jetzt schon lange Übergangsfristen beim Pflegeberufsgesetz vor und es gebe überall eine große Bereitschaft, Durchlässigkeit und Übergänge zwischen den Bildungsgängen zu schaffen.

Auf die Frage, was denn wohl Teile der Union dazu bewegen könnte, gegen den eigenen Gesetzentwurf zu stimmen, führt Weidner im Wesentlichen die derzeitige schlechte Stimmung innerhalb der Union an, insbesondere wegen der unterschiedlichen Auffassungen zur Flüchtlingspolitik. Die Verhinderung des Gesetzes würde zudem insbesondere denjenigen Arbeitgebern in die Hände spielen, die auch in Zukunft auf eine möglichst billige Altenpflege setzen. **„Das Pflegeberufsgesetz darf aber kein Bauernopfer im Streit um die richtigen Wege in der Union sein“**, fordert Weidner.

**„Bei einem Scheitern des Gesetzentwurfes ist allerdings davon auszugehen, dass es in den nächsten Jahren keine weitere durchgreifende Pflegebildungsreform geben wird. Das muss jeder wissen, der dem Pflegeberufsgesetz jetzt seine Stimme verweigern will“**, betont Weidner. Nach seiner Auffassung bliebe der grundsätzliche Reformbedarf bestehen und vergrößere sich täglich. Daher bestünde umgekehrt mit einer zügigen und überzeugenden Verabschiedung des Pflegeberufsgesetzes für die Union und die Regierungskoalition gerade jetzt die große Chance, das Heft des Handelns in einem wichtigen und zukunftsorientierten gesellschaftlichen Bereich wieder in die Hand zu nehmen.

Das gemeinnützige Deutsche Institut für angewandte Pflegeforschung e.V. (DIP) ist ein Institut an der Katholischen Hochschule NRW (KatHO NRW) in Köln und betreibt einen weiteren Standort an der Philosophisch-Theologischen Hochschule Vallendar (PTHV) bei Koblenz. Seit der Gründung im Jahr 2000 hat das Institut mehr als einhundert innovative Projekte im Bereich der Pflege-, Pflegebildungs- und Versorgungsforschung durchgeführt und zahlreiche Studien zur Situation der Pflege in Deutschland veröffentlicht. Es finanziert sich nahezu ausschließlich durch eingeworbene Forschungsgelder.

Kontakt: Elke Grabenhorst, Tel: 0221/ 46 86 1 - 30; [dip@dip.de](mailto:dip@dip.de)

(Veröffentlichung frei, Beleg erbeten)